
Sachstand

Strukturen der Entwicklungszusammenarbeit von Großbritannien, Kanada und Italien

Strukturen der Entwicklungszusammenarbeit von Großbritannien, Kanada und Italien

Aktenzeichen:	WD 2 - 3000 – 049/24
Abschluss der Arbeit:	23. Juli 2024
Fachbereich:	WD 2: Auswärtiges, Völkerrecht, wirtschaftliche Zusammenarbeit und Entwicklung, Verteidigung, Menschenrechte und Humanitäre Hilfe

Die Wissenschaftlichen Dienste des Deutschen Bundestages unterstützen die Mitglieder des Deutschen Bundestages bei ihrer mandatsbezogenen Tätigkeit. Ihre Arbeiten geben nicht die Auffassung des Deutschen Bundestages, eines seiner Organe oder der Bundestagsverwaltung wieder. Vielmehr liegen sie in der fachlichen Verantwortung der Verfasserinnen und Verfasser sowie der Fachbereichsleitung. Arbeiten der Wissenschaftlichen Dienste geben nur den zum Zeitpunkt der Erstellung des Textes aktuellen Stand wieder und stellen eine individuelle Auftragsarbeit für einen Abgeordneten des Bundestages dar. Die Arbeiten können der Geheimschutzordnung des Bundestages unterliegende, geschützte oder andere nicht zur Veröffentlichung geeignete Informationen enthalten. Eine beabsichtigte Weitergabe oder Veröffentlichung ist vorab dem jeweiligen Fachbereich anzuzeigen und nur mit Angabe der Quelle zulässig. Der Fachbereich berät über die dabei zu berücksichtigenden Fragen.

Inhaltsverzeichnis

1.	Einführung	4
2.	Großbritannien	4
3.	Kanada	7
4.	Italien	9

1. Einführung

Dieser Sachstand behandelt die institutionelle Verfasstheit der staatlichen Entwicklungszusammenarbeit (EZ) von Großbritannien, von Kanada und von Italien. Betrachtet werden die Institutionen bzw. Strukturen, die die jeweilige EZ verantworten, planen, umsetzen und überwachen, sowie, falls zutreffend, frühere Reformen dieser Strukturen. Des Weiteren werden, soweit möglich, die Schwerpunkte und Charakteristika der jeweiligen EZ kurz dargestellt. Dieser Sachstand kann als Ergänzung zu entsprechenden Darstellungen der EZ weiterer G7-Staaten in anderen Arbeiten¹ der Wissenschaftlichen Dienste des Deutschen Bundestages betrachtet werden.

2. Großbritannien

Kurz vor Abfassung dieses Sachstandes (Juli 2024) fanden in Großbritannien Wahlen zum Unterhaus (House of Commons) statt, die von der Labour-Partei mit großer Mehrheit gewonnen wurden. Die zuvor 14 Jahre lang allein oder in Koalition mit den Liberaldemokraten regierende Konservative Partei wurde aus der Regierungsverantwortung entlassen. Alle Angaben zu Großbritannien sollten nur für den Zeitpunkt der Abfassung dieses Sachstandes für gültig betrachtet werden. Die folgenden Angaben zur Struktur und zu den Inhalten der britischen EZ beziehen sich größtenteils auf Gegebenheiten, die noch von den Konservativen (Tories) zu verantworten sind. Dass Labour hier Änderungen vornehmen und eigene politische Schwerpunkte setzen wird, ist wahrscheinlich, es konnten im Rahmen der Recherche aber keine endgültigen Aussagen hierzu gefunden werden.

Die Entwicklungszusammenarbeit des Vereinigten Königreiches von Großbritannien und Nordirland liegt seit 2022 in der Verantwortung des Ministeriums für Auswärtiges, den Commonwealth und für Entwicklung (Foreign, Commonwealth and Development Office, **FCDO**). Es entstand durch die Überführung des Entwicklungsressorts in das Außenressort. Grundsätzlich betrachtet Großbritannien die EZ als ressortübergreifende Querschnittsaufgabe, d.h. (wie in Deutschland auch), dass bestimmte internationale Aktivitäten jedes Ministeriums unter Umständen als EZ bzw. technische Zusammenarbeit (TZ) gewertet werden können. Die Verantwortung für die Koordinierung, die Erarbeitung der den EZ-Aktivitäten zugrundeliegenden politischen Strategien sowie deren Umsetzung obliegt dem FCDO.

Von 1997 bis 2020 wurde die britische EZ von einem eigenen Ministerium, dem Department for International Development (**DFID**) geleitet.² Dies wiederum war aus dem im Jahre 1964 neu

1 **Zur EZ der USA, von Frankreich, China und Indien:** Wissenschaftliche Dienste des Deutschen Bundestages, Ausgewählte Aspekte der Entwicklungspolitik - Historische Entwicklung, Aktuelle Quellen, Kritik, Staatliche Akteure im internationalen Vergleich, WD 2 - 3000 - 143/18, 11. Dezember 2018, <https://www.bundestag.de/resource/blob/592232/a80ef5b5617a2172af691c9302872d50/WD-2-143-18-pdf.pdf> (zuletzt abgerufen am 11. Juli 2024) **sowie zur EZ von Japan:** Wissenschaftliche Dienste des Deutschen Bundestages, Entwicklungspolitik Japans und der Vereinigten Staaten, WD 2 - 3000 – 085/1919, August 2019, <https://www.bundestag.de/resource/blob/662180/87be4deb52cb8043a6b65362e2a712c8/WD-2-085-19-pdf.pdf> (zuletzt abgerufen am 11. Juli 2024).

2 (Former) Department of International Development (DFID), Devex, 2024, <https://www.devex.com/organizations/former-department-for-international-development-dfid-44526> (zuletzt abgerufen am 17. Juli 2024).

geschaffenen Ministerium für Übersee-Entwicklung (Ministry for Overseas Development) hervorgegangen.

Im Juni 2020 verkündete der damalige Premierminister Boris Johnson die Auflösung des DFID und die Eingliederung des Entwicklungsressorts in das Außenministerium.³ Die britische EZ sollte nach dem Willen der konservativen Regierung stärker und direkter als zuvor ein Instrument britischer Außenpolitik bzw. Diplomatie werden. Die Zusammenlegung war Teil einer umfassenden Reform der britischen Außen-, Verteidigungs- und Entwicklungspolitik, die schon damals (im Juni 2020) von Johnson in den Kontext der wirtschaftlichen Erholung nach Ende der COVID-19-Pandemie gestellt wurde.⁴ Möglicherweise hatte die Reform aber vor allem mit dem gesunkenen internationalen Einfluss Großbritanniens und den gestiegenen Kosten seiner Gesamthandelsbeziehungen in Folge des Brexits zu tun.⁵ In seiner Rede vor dem Unterhaus betonte Johnson, dass Großbritannien durch die Zusammenlegung der Ministerien für jedes Land der Welt eine einzige Strategie haben werde, bei der Diplomatie und Entwicklungszusammenarbeit einander ergänzen bzw. zusammenwirken könnten.⁶ Jede länderspezifische Strategie würde vom Nationalen Sicherheitsrat unter Vorsitz des Premierministers überwacht. Neben der Auflösung des DFID und der Übertragung seiner Aufgaben an das Außenministerium beinhaltete die Reform die Verleihung der Aufsicht über die lokalen britischen Außenhandelskammern an die britischen Botschafter und Hochkommissare.⁷ ⁸ Die Zusammenlegung bedeutete auch einen erheblichen Budgetzuwachs für das Außenministerium, dessen Etat jahrzehntelang sehr viel kleiner als der des DFID gewesen war.⁹ Johnson bezog sich in seiner Rede auf das Vorbild der Commonwealth-Staaten Kanada, Australien und Neuseeland, in denen die Entwicklungspolitik beim Außenministerium angesiedelt ist.¹⁰

3 Government of the United Kingdom, Prime Minister's statement to the House of Commons: 16 June 2020, 16. Juni 2020, <https://www.gov.uk/government/speeches/prime-ministers-statement-to-the-house-of-commons-16-june-2020> (zuletzt abgerufen am 22. Juli 2024).

4 Zum Verständnis: Tatsächlich sprach Johnson schon am 16. Juni 2020 von den „Lehren aus der COVID-19-Pandemie“ und der „wirtschaftlichen Erholung“ Großbritanniens nach der Pandemie. Die erste COVID-19-Infektion in Großbritannien war am 30. Januar 2020 festgestellt worden, der erste Todesfall im März 2020. Die letzten Restriktionen im Kampf gegen die Pandemie wurden in Großbritannien im März 2022 aufgehoben. Siehe Wikipedia, COVID-19 pandemic in the United Kingdom, 2024, https://en.wikipedia.org/wiki/COVID-19_pandemic_in_the_United_Kingdom (zuletzt abgerufen am 22. Juli 2024).

5 Vgl. Victoria Honeyman, Downgrading DFID – How will Britain's Overseas Development Aid Agenda change now DFID is part of the FCO?, University of Leeds am 18. Dezember 2020, <https://css.leeds.ac.uk/from-dfid-to-the-fco-what-does-this-mean-for-uk-aid/> (zuletzt abgerufen am 16. Juli 2024).

6 Government of the United Kingdom (Anm.3).

7 Als Hochkommissare (*High Commissioners*) bezeichnen die Länder des Commonwealth traditionell die Botschafter, die sie in andere Commonwealth-Staaten entsenden. Die jeweiligen Botschaften werden entsprechend nicht als *embassies*, sondern als *High Commissions* bezeichnet.

8 Government of the United Kingdom (Anm.3).

9 Victoria Honeyman (Anm.5).

10 Government of the United Kingdom (Anm.3).

Einige Monate vor den Wahlen zum britischen Unterhaus im Juli 2024, die eine 14-jährige Regierungszeit der Tories beendeten und die Labour-Partei an die Regierung brachten, gab es Spekulationen, ob die britische EZ unter einer sozialdemokratischen Regierung wieder von einem eigenen Ministerium verwaltet werden soll. Dies hätte einer langjährigen Forderung Labours entsprochen. Kurz vor den Wahlen signalisierte die Labour-Partei dann jedoch, keine grundlegenden Reformen bzw. eine Rückabwicklung der Reformen des Kabinetts Johnson mehr anzustreben.¹¹ Zum Zeitpunkt der Abfassung dieses Sachstandes hatte die neue britische Regierung unter Premierminister Keir Starmer noch keine eindeutige Aussage hierzu gemacht.

Neue Staatsministerin für die Entwicklungszusammenarbeit innerhalb des FCDO ist die Labour-Politikerin **Anneliese Dodds**, die zugleich im Bildungsministerium als Staatsministerin für Frauen und Gleichstellung fungiert.¹² Geführt wird das FCDO seit der Übernahme durch Labour von **Außenminister David Lammy**.¹³ Weder Dodds noch Lammy haben sich bislang zu möglichen Strukturreformen (bzw. der Rückabwicklung der unter den Tories vollzogenen Reformen) von FCDO bzw. EZ geäußert.

Der Zusammenlegung von Entwicklungs- und Außenressort im September 2020 folgte eine neue politische EZ-Strategie, die im Mai 2022 veröffentlicht wurde. Die **UK government's strategy for international development**¹⁴ setzt der britischen EZ vier Schwerpunkte:

- Investitionen in Partnerländern durch sogenannte British Investment Partnerships, aufbauend auf der Expertise des Finanzplatzes der City of London;
- Stärkung der Rechte und Möglichkeiten von Frauen und Mädchen;
- Verbesserung der humanitären Hilfe durch Beschleunigung und Effizienzsteigerung;¹⁵
- Fortschreibung der „führenden Rolle des Vereinigten Königreiches in den Bereichen Klimawandel, Natur und globale Gesundheit“ durch Zusammenarbeit in den Wissenschaften und Austausch und Bereitstellung von britischem Know-how.

Im Jahre 2021 reduzierte das britische Parlament die Ausgaben für EZ (Official Development Assistance, ODA) von vorher gesetzlich festgeschriebenen 0,7 Prozent des

11 Kiran Stacey, Keir Starmer considers ditching Labour pledge to reinstate DfID, The Guardian am 28. Juni 2024, <https://www.theguardian.com/politics/2023/jun/28/keir-starmer-considers-ditching-labour-pledge-to-reinstate-dfid-international-development> (zuletzt abgerufen am 16. Juli 2024).

12 Government of the United Kingdom, Anneliese Dodds MP, 2024, <https://www.gov.uk/government/people/anneliese-dodds> (zuletzt abgerufen am 15. Juli 2024).

13 Government of the United Kingdom, The Rt Hon David Lammy MP, 2024, <https://www.gov.uk/government/people/david-lammy> (zuletzt abgerufen am 15. Juli 2024).

14 Foreign, Commonwealth & Development Office, The UK Government's Strategy for International Development, Mai 2023, <https://assets.publishing.service.gov.uk/media/628208d68fa8f5562179576f/uk-governments-strategy-international-development.pdf> (zuletzt abgerufen am 15. Juli 2024) sowie

15 Anders als die Bundesrepublik unterscheidet Großbritannien – wie die meisten Staaten – nicht zwischen EZ und humanitärer Hilfe, bzw. betrachtet letztere als Teil erster.

Bruttonationaleinkommens auf 0,5 Prozent.¹⁶ Diese Absenkung wurde offiziell mit Sparzwängen nach der COVID-19-Pandemie begründet und sollte nur temporär sein. Auch hier hat die neue Labour-Regierung bislang keine Rückkehr zur alten gesetzlichen Vorgabe angekündigt.

Bei der Formulierung der inhaltlichen Zielvorgaben sowie deren Umsetzung wird das FCDO von insgesamt 13 Expertengremien beraten.¹⁷ Im Hinblick auf die EZ unterstreicht die britische Regierung die Bedeutung der Berater für die Entwicklung des Privatsektors in Partnerländern.¹⁸ Unter den oben aufgeführten inhaltlichen Schwerpunkten kommt der Wirtschafts- bzw. Investitionsförderung also eine besonders herausgehobene Bedeutung zu.

Großbritannien hat kein staatliches Unternehmen wie z.B. die deutsche Gesellschaft für internationale Zusammenarbeit (GIZ), das in erster Linie für die Umsetzung der staatliche EZ verantwortlich zeichnet. Das FCDO finanziert verschiedene bestehende Organisationen und Entwicklungsfonds, die Projekte in Partnerländern der britischen EZ durchführen.

Die parlamentarische Kontrolle der britischen EZ obliegt dem **Ausschuss für internationale Entwicklung** des Unterhauses.¹⁹

3. Kanada

Außenressort, Entwicklungshilferessort und Außenhandelsressort sind in Kanada unter Federführung der Außenministerin in einem „Super-Ministerium“ mit der offiziellen Bezeichnung **Department of Foreign Affairs, Trade and Development**, das aber seit 2015 in der Öffentlichkeit unter dem Namen **Global Affairs Canada** firmiert, zusammengefasst.²⁰ Die **Außenministerin** – gegenwärtig **Mélanie Joly** – hat als *prima inter pares* die Federführung über Global Affairs Canada, d.h. die Ministerin für Außenhandel (Mary Ng) und der **Minister für**

16 Justin Parkinson, Government wins vote to lock in cuts to overseas aid, BBC am 13. Juli 2021, <https://www.bbc.com/news/uk-politics-57826111> (zuletzt abgerufen am 15. Juli 2024). Zum international seit Jahrzehnten angestrebten 0,7-Prozent-Ziel für die ODA der Industriestaaten siehe Deutscher Bundestag, Official Development Assistance (ODA) – Definition, Entwicklung, Kritik, WD 2 - 3000 -072/23, 26. Oktober 2023, <https://www.bundestag.de/resource/blob/979862/d2ed4f6b02de896683ee72c1b5e7f951/WD-2-072-23-pdf.pdf> (zuletzt abgerufen am 22. Juli 2024).

17 Foreign, Commonwealth & Development Office, Private Sector Development: Technical Competency Framework, Mai 2023, <https://www.gov.uk/government/publications/dfid-technical-competency-frameworks/private-sector-development-technical-competency-framework> (zuletzt abgerufen am 15. Juli 2024).

18 Auch hier ist wieder zu beachten, dass die oben erwähnte britische Regierung nicht die von Premierminister Keir Starmer, sondern eines der konservativen Vorgängerkabinette seit 2010 (Cameron, May, Johnson, Truss und Sunak) ist. Auf den Webseiten der britischen Regierung ist in der Regel, aber nicht immer, vermerkt, von welchem Kabinett die darauf zu findenden Angaben, Dokumente, Strategien usw. verantwortet wurden.

19 UK Parliament – House of Commons, International Development Committee, 2024, <https://committees.parliament.uk/committee/98/international-development-committee/> (zuletzt abgerufen am 22. Juli 2024). Zum Zeitpunkt der Abfassung dieses Sachstandes hatte sich (nach Auflösung des House of Commons am 30. Mai 2024 und den Wahlen am 4. Juli 2024) noch kein neuer Ausschuss konstituiert.

20 Government of Canada, Global Affairs Canada - Raison d'être, mandate and role: who we are and what we do, 2024, <https://www.international.gc.ca/global-affaires-affaires-mondiales/corporate-ministere/mandate-mandat/index.aspx?lang=eng> (zuletzt abgerufen am 16. Juli 2024).

Entwicklungshilfe (Ahmed Hussen) sind ihr formell gleichgestellt.²¹ Den Posten des Entwicklungshilfeministers, d.h. eines sogenannten *Ministers of the Crown* mit eigenem Ressort, gibt es als solchen erst seit 1995. Zuvor war der Außenminister für das Entwicklungsressort zuständig. **Ein völlig eigenständiges Entwicklungshilfeministerium hatte Kanada somit nie.**

Von 1968 bis 2013 gab es eine eigene Bundesbehörde für Entwicklungshilfe, die Canadian International Development Agency (**CIDA**).²² Die CIDA war für die Planung, Verwaltung und zum Teil die Durchführung der kanadischen EZ-Projekte zuständig. Zuständig war ab 1995 der Staatsminister für internationale Zusammenarbeit, der aber kein eigenes Ministerium führte und dessen Position, anders als die der meisten anderen Kabinettsmitglieder, gesetzlich nicht verankert war.²³ Die CIDA wurde im Jahre 2013 unter der konservativen Bundesregierung von Premierminister Stephen Harper in das damalige Department of Foreign Affairs (heute Global Affairs Canada) eingegliedert und verschwand als eigenständige Institution. Im Gegenzug wurde das Ressort des Ministers für Entwicklung als gesetzlich verankertes „Teilministerium“ des Department of Foreign Affairs und somit die bis heute existierende Struktur geschaffen.

Politisch betrachtet Kanada seine EZ als Aspekt seiner Außenpolitik und auch als Mittel der Förderung eigener Interessen: „Canada’s international assistance is critical to advancing Canadian interests, priorities, and influence abroad, while improving the lives of the poor and most marginalized in developing countries.“²⁴

Zwar setzt die kanadische Entwicklungspolitik keine besonders klaren Schwerpunkte, doch ist die kanadische EZ wie auch das Feld der Außenpolitik insgesamt seit 2017 eingebettet in einen politischen Rahmen, der sich an der Förderung der Gleichstellung von Frauen und Mädchen ausrichtet, die *Feminist International Assistance Policy*. Diese soll sicherstellen, dass mindestens 95 Prozent aller bilateralen EZ-Maßnahmen und mindestens 15 Prozent aller internationalen Entwicklungsinvestitionen Kanadas die Stärkung der Rechte und Möglichkeiten (*empowerment*) von Frauen und Mädchen fördern.²⁵ Des Weiteren hat Kanada seiner EZ die Vorgabe gemacht, dass nicht weniger als 50 Prozent der kanadischen ODA in Länder Subsahara-Afrikas gehen.

Unter den drei Teilressorts von Global Affairs Canada erhält das Entwicklungsressorts mit Abstand die meisten Haushaltsmittel: allein im Fiskaljahr 2023/2024 werden von rund 7,56 Mrd.

21 Government of Canada, Ministers and parliamentary secretaries: Global Affairs Canada, 8. Mai 2024, <https://www.international.gc.ca/global-affairs-affaires-mondiales/corporate-ministere/organizational-organisationnelle/index.aspx?lang=eng> (zuletzt abgerufen am 17. Juli 2024).

22 Susan Taylor Meehan, Canadian International Development Agency, The Canadian Encyclopedia, 12. Februar 2019, <https://www.thecanadianencyclopedia.ca/en/article/canadian-international-development-agency#:~:text=Formed%20in%201968%2C%20it%20became,Pearson>. (zuletzt abgerufen am 16. Juli 2024).

23 Federal budget folds CIDA into Foreign Affairs, CBC am 21. März 2013, <https://www.cbc.ca/news/politics/federal-budget-folds-cida-into-foreign-affairs-1.1412948> (zuletzt abgerufen am 16. Juli 2024).

24 Government of Canada, Minister of International Development - Briefing book, 2024, https://www.international.gc.ca/transparency-transparence/briefing-documents-information/briefing-books-cahiers-breffage/2023-07-dev.aspx?lang=eng#a2_1 (zuletzt abgerufen am 17. Juli 2024).

25 Government of Canada (Anm.24).

C\$ insgesamt für Global Affairs Canada verplanten Mitteln 4,73 Mrd. C\$ für die EZ veranschlagt.²⁶

Die parlamentarische Kontrolle der kanadischen EZ obliegt dem **Ständigen Ausschuss für Auswärtige Angelegenheiten und Internationaler Entwicklung** (Standing Committee on Foreign Affairs and International Development, FAAE) im kanadischen Unterhaus (House of Commons).²⁷ Einen eigenen Unterausschuss für Entwicklung oder humanitäre Hilfe gibt es nicht. Auch auf parlamentarischer Ebene zeigt sich also, dass Kanada Außen- und Entwicklungspolitik als zwei Aspekte seiner auswärtigen Beziehungen betrachtet.

4. Italien

Wie in Großbritannien und Kanada wird das Entwicklungsressort auch in Italien nicht von einem eigenen Ministerium verantwortet, sondern gehört zum **Ministerium für Auswärtige Angelegenheiten und Internationale Zusammenarbeit** (Ministero degli Affari Esteri e della Cooperazione Internazionale, meist nach seinem Sitz als **La Farnesina** bezeichnet).²⁸ Das Ministerium wird vom **Außenminister** (derzeit **Antonio Tajani**) geleitet.²⁹ Innerhalb des Ministeriums ist das Generaldirektorat für Entwicklungszusammenarbeit für die Entwicklungspolitik zuständig; es verfügt über insgesamt sechs Unterabteilungen und vier sogenannte Einheiten.³⁰ Das Generaldirektorat wird politisch von einem direkt dem Außenminister unterstellten **Vizeminister** geführt; derzeitiger Amtsinhaber ist **Edmondo Cirielli**.

Die italienische EZ war jahrzehntelang unkoordiniert und in Form diverser einzelner Maßnahmen verschiedener Ministerien geleistet worden (ähnlich wie in Deutschland vor Gründung des BMZ im Jahre 1961). Erst im Jahre 2014 wurde sie gebündelt und als Teilressort im Außenministerium angesiedelt, was sich seither auch in dessen Namen spiegelt. Italien hatte also nie ein eigenständiges Entwicklungshilfeministerium.

Im selben Jahr wurde die italienische EZ insgesamt reformiert und das sie bis dahin regelnde Gesetz von 1987 durch ein neues, das **Allgemeine Gesetz über Entwicklungszusammenarbeit**

26 Siehe Angaben unter „Finances“ auf: Government of Canada (Anm.19). Zum Zeitpunkt der Abfassung dieses Sachstandes entsprach ein kanadischer Dollar ca. 0,67 Euro.

27 Parliament of Canada - House of Commons, FAAE, 2024, <https://www.ourcommons.ca/Committees/en/FAAE> (zuletzt abgerufen am 17. Juli 2024).

28 Governo Italiano - Ministero degli Affari Esteri e della Cooperazione Internazionale, La Farnesina, 2024, <https://www.esteri.it/it/ministero/> (zuletzt abgerufen am 17. Juli 2024).

29 Governo Italiano - Ministero degli Affari Esteri e della Cooperazione Internazionale, The Minister, 2024, <https://www.esteri.it/en/ministro/> (zuletzt abgerufen am 17. Juli 2024).

30 Governo Italiano - Ministero degli Affari Esteri e della Cooperazione Internazionale, Directorate General for Development Cooperation, 2024, <https://www.esteri.it/en/ministero/struttura/dgcoopsviluppo/> (zuletzt abgerufen am 17. Juli 2024).

von 2014 (Gesetz Nr. 215/2014), ersetzt.³¹ Die Reform unterstellte die EZ zum einen als Teilressort der Verantwortung der Farnesina und schuf zum anderen den Interministeriellen Kooperationsausschuss für internationale Zusammenarbeit, der die bei anderen Ministerien verbliebenen EZ-Projekte koordiniert und darauf achtet, dass sie sich in die weitere Entwicklungspolitik Italiens einfügen. Der Hauptanteil der italienischen EZ bzw. die EZ als solche ist zwar seit 2014 beim Außenministerium angesiedelt, andere Ministerien können gewisse internationale Maßnahmen jedoch als EZ oder TZ melden (ähnlich wie in Deutschland). Das Gesetz schuf ein weiteres Gremium, den Nationalen Rat für Entwicklungszusammenarbeit, einen Beirat, in dem Vertreter aller relevanten Ministerien, der Regionen, der wichtigsten staatlichen, zivilgesellschaftlichen und privaten Akteure der italienischen EZ sowie von Universitäten und Freiwilligenorganisationen mindestens einmal jährlich zusammentreffen, um Fragen von EZ und humanitärer Hilfe zu beraten.³²

Ebenso beinhaltete die Reform die Gründung einer eigenen staatlichen EZ-Agentur, wobei der seinerzeit zuständige Vizeminister im Außenministerium, Lapo Pistelli, Deutschland als Vorbild anführte, was sich vermutlich auf die GIZ bezog. Die Reform sollte die italienische EZ nach Aussage Pistellis unter anderem moderner und effizienter machen und sie auf Augenhöhe mit Italiens europäischen Partnern bringen. Gesetz Nr. 125/2014 definiert in Artikel 1 die EZ als „integralen und prägenden Aspekt der Außenpolitik Italiens.“³³

Die 2016 auf Grundlage des Gesetzes gegründete Entwicklungsagentur ist die Italienische Behörde für Entwicklungszusammenarbeit (Agenzia italiana per la cooperazione allo sviluppo, **AICS**).³⁴ Die AICS plant, koordiniert und finanziert italienische EZ-Projekte, und zwar nicht nur die der Zentralregierung, sondern ggf. auch von regionalen und lokalen Regierungen, Organisationen, Institutionen wie z.B. Universitäten sowie privaten und zivilgesellschaftlichen Akteuren.

Das Gesetz von 2014 machte zudem das Kreditinstitut **Cassa Depositi e Prestiti** (CDP), das seit über 170 Jahren in erster Linie staatliche Projekte finanziert, zur **Entwicklungsbank Italiens**.³⁵

31 Governo Italiano - Ministero degli Affari Esteri e della Cooperazione Internazionale, Pistelli: la cooperazione diventa parte della politica estera (La Stampa), 2. August 2014, https://www.esteri.it/it/sala_stamp/archivio-notizie/interviste/2014/08/20140802_pistartstampacoop/ (zuletzt abgerufen am 17. Juli 2024). Text des Gesetzes in englischer Sprache auf: Law no. 125 of 11 August 2014 - General law on international development cooperation, https://www.aics.gov.it/wp-content/uploads/2023/04/LEGGE_11_agosto_2014_n_125_ENG-1.pdf (zuletzt abgerufen am 17. Juli 2024).

32 Law no. 125 of 11 August 2014 - General law on international development cooperation, Article 16, National Development Cooperation Council, https://www.aics.gov.it/wp-content/uploads/2023/04/LEGGE_11_agosto_2014_n_125_ENG-1.pdf (zuletzt abgerufen am 17. Juli 2024).

33 Agenzia italiana per la cooperazione allo sviluppo, Profile and goals, 2024, <https://www.aics.gov.it/aics/profile-and-goals/?lang=en> (zuletzt abgerufen am 17. Juli 2024).

34 Agenzia italiana per la cooperazione allo sviluppo, 2024, <https://www.aics.gov.it/?lang=en> (zuletzt abgerufen am 17. Juli 2024).

35 CDP, History, 2024, https://www.cdp.it/sitointernet/en/170_timeline_storia.page (zuletzt abgerufen am 17. Juli 2024).

Überdies regelt es die von Italien geleistete humanitäre Hilfe, die, anders als in Deutschland, als Teil der EZ betrachtet wird.

Die politischen Ziele der italienischen EZ definiert das Gesetz wie folgt:

- Ausrottung der Armut
- Verringerung der Ungleichheit
- Förderung der Menschenrechte und der Gleichstellung der Geschlechter
- Unterstützung der liberalen Demokratie und des Rechtsstaates.

Die italienische EZ wird - wie AICS ausdrücklich anmerkt – vom Gesetz *nicht* als Instrument der Außenwirtschaftsförderung bzw. im Kontext der außenwirtschaftlicher Interessen Italiens betrachtet, sondern dient der „Förderung des Menschen“ (ita.: *promozione umana*, engl.: *human promotion*).³⁶

Nichtsdestotrotz zeigt sich in der Praxis dennoch eine Verknüpfung von EZ und anderen politischen und wirtschaftlichen Zielen, z.B. im „Mattei-Plan für Afrika“, der die Partnerschaft Italiens und *in extenso* der EU mit afrikanischen Staaten stärken soll.³⁷ Strategisch dient der Plan aber nicht nur der Entwicklung der afrikanischen Partnerstaaten durch die Wiederbelebung bestehender EZ-Initiativen, sondern hat auch das Potenzial, die italienische und europäische Energieversorgung zu verbessern und Fluchtursachen zu bekämpfen bzw. irreguläre Migration aus Afrika einzudämmen.³⁸

Die parlamentarische Kontrolle der staatlichen italienischen EZ wird, wie im italienischen Zweikammersystem (dem sogenannten perfekten Bikameralismus) üblich, von beiden Parlamentskammern, der **Abgeordneten**kammer (Camera dei Deputati) und dem **Senat** (Senato

36 Agenzia italiana per la cooperazione allo sviluppo (Anm.31). Interessanterweise erscheint der Begriff *human promotion* bzw. *promozione umana* sonst nahezu ausschließlich im Kontext der katholischen Armenmission und vor allem der Befreiungstheologie. Vgl. Charis, Human Promotion Commission, 2024, https://www.charis.international/en/human-promotion-commission/#pll_switcher (zuletzt abgerufen am 17. Juli 2024). Der deutsche Theologe, Bischof von Mainz und Kardinal Karl Lehmann übersetzte das lateinische *promotio humana* mit „Förderung des menschlichen Wohls“ als Ausdruck eines des Mitmenschen zugewandten christlichen Glaubens. Siehe Bistum Mainz, Berufung und Sendung der Gemeinschaften des geweihten Lebens in der Kirche heute, Theologischer Hauptvortrag am 1. Februar 2007, <https://bistummainz.de/organisation/ehemalige-mainzer-bischoefe/kardinal-lehmann/texte-predigten/a-blog/Berufung-und-Sendung-der-Gemeinschaften-des-geweihten-Lebens-in-der-Kirche-heute/> (zuletzt abgerufen am 17. Juli 2024). Trotz der auffälligen Benutzung eines theologischen Begriffs werden Kirchen oder religiöse Gemeinschaften als Partner oder Träger italienischer EZ im Gesetz nicht erwähnt.

37 Daniele Fattibene und Stefano Manservigi, The Mattei Plan for Africa: A Turning Point for Italy's Development Cooperation Policy?, Istituto Affari Internazionali am 11. März 2024, <https://www.iai.it/en/pubblicazioni/mattei-plan-africa-turning-point-italys-development-cooperation-policy> (zuletzt abgerufen am 17. Juli 2024).

38 Arturo Varvelli, Italiens Mattei-Plan: Illusion oder Realität?, Stiftung Wissenschaft und Politik (SWP) am 2. Juli 2024, <https://www.swp-berlin.org/publikation/mta-spotlight-34-italiens-mattei-plan-illusion-oder-realitaet> (zuletzt abgerufen am 17. Juli 2024).

della Repubblica) ausgeübt. Das Außenministerium muss einmal jährlich schriftlichen Bericht über die im vorherigen Jahr geleisteten EZ-Aktivitäten erstatten. Der Bericht geht beiden Kammern zu. In der Abgeordnetenkammer ist der **III. Ausschuss** (Auswärtiges und Angelegenheiten der EU) zuständig, im Senat **ebenfalls der III. Ausschuss** (Auswärtiges und Verteidigung).

Für etwaige Pläne für Änderungen der Struktur der staatlichen italienischen EZ ließen sich im Rahmen der Recherche keine Anhaltspunkte finden.

* * *